

große Verantwortung, die für die Schulung verantwortlich sind. Allgemeinplätze nutzen • nichts, Fakten, schlagende Argumente werden gebraucht. Dabei muß alles berücksichtigt werden: Politik, Handel, Versorgung usw. Wenn es sein muß, so sagten die Genossen, dann müssen zu speziellen Fragen eben auch Mitarbeiter des Staatsapparates sprechen und unsere Genossen und überhaupt alle Agitatoren der Nationalen Front mit dem notwendigen Wissen ausrüsten.

### Es kommt auf alle an

*„Es kommt darauf an, alle im Wohngebiet ansässigen Mitglieder und Kandidaten heranzuziehen.“ (Ebenda.)*

In einigen Gesamtmitgliederversammlungen erwies sich, daß noch nicht alle Genossen aus den Betrieben ihre Verantwortung für die Mitarbeit im Wohngebiet erkannt haben. Sie erschienen zum Teil nicht zu den Gesamtmitgliederversammlungen. In der Versammlung der WPO 130 z. B. fragten sich die Genossen ernsthaft, was sie tun können, um wirklich alle Genossen in die Arbeit einzubeziehen. Die Einleitung richtiger organisatorischer Maßnahmen im Wohngebiet erwies sich als schwieriger, als die Erarbeitung einer politischen Linie für die Argumentation.

Allgemein wird folgendermaßen verfahren:

1. Die Leitungen der WPO setzen sich mit den Betriebsparteiorganisationen in Verbindung, um über sie auf etwaige säumige Genossen einzuwirken.

2. Die Kreis- bzw. Stadtbezirksleitungen veranlassen ihrerseits die BPO zu Aussprachen mit den Genossen und zu gleichzeitigen Kontrollen.

3. In den Wohngebieten selbst nehmen Genossen unmittelbar Verbindung mit Mitgliedern aus den BPO auf und führen die erforderlichen Gespräche.

### Blockfreunde mit einbeziehen

*„Erste Bedingung für eine kontinuierliche Arbeit der Nationalen Front ist und bleibt selbstverständlich die aktive Mitarbeit unserer Parteimitglieder und ihre enge Zusammenarbeit mit den Vertretern der übrigen Parteien.“ (Ebenda.)*

Wenn auch die Leitungen der WPO in ihrer Mehrheit auf eine enge Zusammenarbeit mit den Vertretern der übrigen Parteien orientieren, nicht in jedem Falle ist das so. Die WPO 130 in Magdeburg-Südost hatte in ihrem Plan der politischen Massenarbeit allein die Genossen im Auge. Mit keinem Wort wurden die anderen Parteien und Massenorganisationen und deren politische Arbeit erwähnt. In der Gesamtmitgliederversammlung wurde aber darüber geklagt, daß der Wohnbezirksausschuß nicht lebensfähig sei.

Die Diskussion stellte klar: Wir müssen endlich mit der Haltung mancher unserer Genossen brechen, die Angehörigen der Blockparteien und auch parteilose Bürger kaum oder gar nicht zur Mitarbeit in den Ausschüssen der Nationalen Front heranzuziehen. Zweckmäßig ist es, mit den Vertretern der anderen Parteien zusammenzukommen, die Meinungen auszutauschen und Maßnahmen für ihre Mitarbeit zu treffen. Es ist genauso zweckmäßig, bei den Gesprächen in den Häusern Bürger für die Mitarbeit in der Nationalen Front zu gewinnen. Beides muß getan werden, beides trägt dazu bei, die gesellschaftliche Arbeit auf möglichst breite Schultern zu verteilen, die teilweise sektiererische Enge in der gesellschaftlichen Arbeit unserer Parteimitglieder zu überwinden und so die Voraussetzungen zu schaffen, daß tatsächlich nach den Wahlen ein breiter Stamm von Mitarbeitern der Nationalen Front vorhanden ist und eine gute Weiterführung der politischen Massenarbeit garantiert.

\*

Insgesamt läßt sich also die Stadtbezirksleitung unserer Partei in Magdeburg-Südost in ihrer Arbeit davon leiten, nicht nur die Zeit bis zu den Wahlen zu sehen. Sie richtet ihr Augenmerk vielmehr darauf, einen dauernden Aufschwung in der politischen-Massenarbeit zu erreichen.

Günter Stellmacher  
Leiter der Bildungsstätte in der Stadt-  
bezirksleitung Magdeburg-Südost